

Wollten Sie nicht schon immer wissen, was der Elefant im Porzellanladen so macht?

# Der Stadl

Streng geheime Nachrichten für DJV-Funktionäre und solche, die es lieber nicht werden wollen.

Ausgabe Februar 2006

---



## Vorbild Stalin?

Journalistenverbände zwischen  
Solidarität und Meinungsfreiheit

# Der Stadl

Streng geheime Nachrichten für DJV-Funktionäre und solche, die es lieber nicht werden wollen.

Ausgabe Februar 2006

---

„Immer wenn man glaubt, daß es nicht mehr schlimmer kommen kann, dann kommt es schlimmer.“

*(Fernöstliche Weisheit)*

## DJV-BUNDESVERBAND I

### **Abwärts immer, vorwärts nimmer**

„Hört der Alptraum denn niemals auf?“, stöhnte ein Vorstandsmitglied des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), das ungenannt bleiben will. Der Alptraum hat die Geschäftsnummer 18 O 459/04 Kart. Unter diesem Zeichen verdonnerte das Landgericht Berlin am 24. November 2005 den DJV zur Zahlung eines Ordnungsgelds von 10.000 Euro und zu den Verfahrenskosten aus einem Streitwert von 75.000 Euro.

Nach inoffizieller Zählung ist es das 36. Gerichtsverfahren, das der nach eigenen Angaben größte Journalistenverband Europas in dem bizarren Funktionärskrieg gegen seine Landesverbände in Berlin und Brandenburg verliert. Rund eine Million Euro an Mitgliedergeldern, so schätzen Fachleute, hat der Feldzug bisher gekostet; Tendenz steigend. Schon für März/April 2006 stehen weitere Urteile bevor.

Das abermalige teure Debakel beim Landgericht Berlin, wo der DJV inzwischen zweifelhafte Prominenz genießt, haben sich die Verbands-Mandarine selbst eingebrockt.

Der 13. Juni 2005 war ein warmer Frühsommertag in Kassel. Im Hotel Ramada gleich bei der Stadthalle vergewisserte sich Hubert Engeroff, Hauptgeschäftsführer des DJV, daß alles

richtig vorbereitet war: Zwar sollten die Fachausschüsse „Tageszeitungen“ und „Betriebsräte“ ab 11.00 Uhr gemeinsam tagen, doch der Verband hatte zwei Konferenzräume bestellt. Überdies orderte der Ober-Funktionär bei der für ihre gewalttätigen „Schwarzen Sheriffs“ bekannten Firma „Protex“ Saalschutz, worauf Ernesto Plantera erschien, ein laut Zeitungsbericht lebenslang wegen Unsportlichkeit gesperrter Preisboxer im Radikalen-Outfit.

Die ungewöhnlichen Vorbereitungen der Standesfunktionäre galten Hans Werner Conen, einem ihrer Lieblingsfeinde. Der war vom in Ungnade gefallenen Landesverband Brandenburg als Delegierter für den Fachausschuß „Betriebsrat“ entsandt und bestand auf seiner Teilnahme an der Sitzung. Doch einen neo-liberalen Marktwirtschaftsfan wollten die Rotfront-Kämpfer



DJV: Saalschutz wie bei der NPD?

nicht dabei haben, mußten sie doch über ihren schwindenden Einfluß in den Pressebetrieben und die zunehmende Erfolglosigkeit ihrer Tarifpolitik reden. „Sie sind von der anderen Seite, Sie haben hier nichts zu suchen,“ ereiferte

sich ein schlagfertiger DJV-Klassenkampf-Veteran aus dem Bayerischen.

Die Polizei zu rufen, wie Conen keck gefordert hatte, trauten sich die Regie führenden Apparatschiks nicht. Doch sie hatten den Trick mit den zwei Konferenzräumen vorbereitet. Und der ging so: Die schon begonnene gemeinsame Sitzung im großen Raum wurde unterbrochen. Die Ausschußmitglieder „Betriebsrat“ einschließlich Conen wurden in den kleinen Raum ein Stockwerk tiefer zu einer separaten Sitzung gerufen.

Dort konstituierte sich die linksradikale Ausschlußmehrheit als „Arbeitsgruppe“, der Conen nicht angehörte. Nach ein paar Minuten zog die „Arbeitsgruppe“ wieder in den gemeinsamen Sitzungsraum ein. Als Conen folgen wollte, stellte sich ihm an der Treppe der finstere Glatzenmann vom DJV-Saalschutz drohend in den Weg. Conen: „Sollte ich mich von einem Preisboxer zusammenschlagen lassen?“

Zwei Tage später feierten die „Hobby-Stalinisten“ (Conen-Berater Gideon Rosenberg) bei einer Sitzung des Bayerischen Journalisten-Verbands (BJV) in München das Mundtot-Machen eines Kritikers. Im Protokoll heißt es: „Durch die ad-hoc-Bildung eines Arbeitskreises konnte die Teilnahme Conens an der internen Diskussion vermieden werden.“ Eben dies, so das Landgericht, war aber grob rechtswidrig - von der so zutage tretenden Vorstellung von innerverbandlicher Demokratie ganz abgesehen.

Gideon Rosenberg sieht durch die Berliner Entscheidung ein grundlegendes Problem des gebeutelten Journalistenverbands markiert: „Viele DJV-Größen verachten das Recht und seine friedensstiftende Funktion. Urteile werden winkeladvokatenhaft umgangen oder ignoriert. Sie führen sich auf wie Machthaber in einem totalitären Regime. Und sie begreifen nicht, daß Stalinismus ohne Gulag und Kalaschnikow nicht funktioniert, sondern lächerlich ist.“

Der Alptraum der linken Arbeiterführer könnte schon bald weitergehen: „Bei der Sitzung des DJV-Gesamtvorstands und beim Verbandstag in Weimar sind die Mitgliedsrechte des Landesverbands Brandenburg massiv verletzt worden,“ findet Hans Werner Conen, der dort vom Bundesvorsitzenden Konken einmal mehr des Saales verwiesen worden war. Das könnte teuer werden. Das Landgericht Berlin hatte die Höhe des Ordnungsgelds von 10.000 Euro damit begründet, „daß es sich um den ersten Verstoß handelt.“

Für Wiederholungstäter haben die Gerichte einen progressiven Tarif. Vorstandsmitglieder des in Dutzenden von Verfahren erfolgreichen Landesverbands Brandenburg sind dennoch nicht ganz zufrieden: „Wir möchten schon, daß der DJV die gegen ihn ergangenen gerichtlichen Entscheidungen nicht einfach ignoriert. Schade nur, daß die saftigen Ordnungsgelder in die Ju-

stizkasse fließen. Wir in Brandenburg könnten das Geld gut gebrauchen.“

Der DJV-Bundesverband hat prompt Beschwerde eingelegt. Das macht er routinemäßig offenbar ohne Rücksicht auf Erfolgsaussichten und Kosten. Aus der Begründung: Es darf nicht „Ordnungsmittel“ heißen, sondern „Zwangsmittel“. Ach ja. Überdies steht dem Dauer-Verlierer, DJV-„Justizratlos“ Pöppelmann, nun eine neue Anwaltskanzlei zur Seite. Beim bisherigen Rechtsgelehrten Schwarz - Fachgebiet: Landwirtschaft mit „Milchquoten- und Zuckerrübenrecht“ - sah alles irgendwie pechrabenschwarz wie Kraut und Rüben aus.

Schmunzelt Sören Patz, Vize im Landesverband Brandenburg: „Mit Schwarz stand der DJV oft genug direkt am Abgrund. Jetzt möchte er endlich einen Schritt weiterkommen.“

KOMMENTAR

## **Legal, illegal, scheißegal**

von *Sharon Rothstein*

Die wichtigste Errungenschaft der menschlichen Zivilisation ist das Recht. Vorher aufgeschrieben ohne Kenntnis des Einzelfalls. Angewandt von Richtern, die gut ausgebildet und unabhängig sind. Für und gegen alle gleichermaßen.

Wo man sich darauf geeinigt hat, Keule oder Kalaschnikow in die Ecke zu stellen, ging es schnell aufwärts. Auch und gerade in Deutschland, wo man unter Hitler und Honecker mit Rechtlosigkeit niederschmetternde Erfahrungen gemacht hat. Moralisch und wirtschaftlich.

Für einige Ober-Funktionäre des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) ist das Recht keine Frage der Zivilisation, sondern der Macht. Die Spitze des einst renomierten Verbands akzeptiert es einfach nicht, daß unabhängige Richter ihren Versuch in die Tonne gekloppt haben, zwei komplette Landesverbände mit rund 5.000 Mitgliedern wegen Insubordination willkürlich auszuschließen.

Viele Urteile, die den meist linksgewirkten Moralpredigern schlicht Lug und Trug und erfundene Vorwürfe bescheinigen, werden hintergangen, selbst dann, wenn schon alle Instan-

zen durchlaufen sind. Unbelehrbar halten eifernde DJV-Rechthaber an ihrem Vernichtungsfeldzug fest, versuchen die Sieger bei Gericht nun finanziell doch noch zu ruinieren. Sich dem Recht zu unterwerfen, Gerichtsurteile als friedensstiftend anzuerkennen, das kommt für die Rechtsverächter vom DJV nicht in Betracht.

So etwas hat es in Deutschland außerhalb von Diktaturen noch nicht gegeben. Noch nie hat ein Dachverband komplette Mitgliedsverbände mit erlogenen Begründungen rausgeworfen. Noch nie hat eine Gewerkschaft sich in Dutzenden von Prozessen so verheerende Niederlagen eingehandelt. Noch nie hat ein Journalistenverband seinen Ruf so niedergedrückt. Und noch nie haben drittklassige Funktionäre so ungeniert das Achtundsechziger-Motto „Legal, illegal, scheißegal“ auf Kosten ihrer Mitglieder ausgelebt.

---

*George Bernhard Shaw:* „Journalisten sind blutrünstige Leute, die es nicht bis zum Henker geschafft haben.“

---

TITELTHEMA

## **Vorbild Stalin: Väterchen antwortet nicht**

Als der bislang größte Massenmörder aller Zeiten im Jahre des Heils 1953 friedlich im Bett gestorben und im Moskauer Kreml aufgebahrt war, zogen viele, die seinen Terror überlebt hatten, schluchzend am Katafalk vorbei. Tausende weinten allen Ernstes um Josef Stalin, den Mann, der das Paradies der Arbeiter und Bauern zu schaffen versprochen hatte, und statt dessen die Hölle auf Erden organisierte. Neunundzwanzig Jahre lang.

Heute, da Mega-Vbrecher Stalin immer noch tot, seine Sowjet-Union immer noch zusammengebrochen ist und Menschenrechte und Freiheit sich mühsam, aber konsequent im früheren „Ostblock“ ausbreiten, denken manche

mit Wehmut an den Mann aus Georgien, der nie ein langes Problem mit Andersdenkenden hatte. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) läuft immer tiefer in ein unauflösliches Dilemma: Einerseits will die 40.000 Mitglieder zählende Organisation eine machtvolle Gewerkschaft sein, die durch „Solidarität“ die „Unternehmer-



Diktator Stalin: Mit Know-how gegen Opposition

willkür“ bezwingt und die bei niedrigster Arbeitszeit höchsten Redakteurereinkommen Europas gegen den neo-liberalen Zeitgeist noch weiter steigert. Dazu, so meint die Nomenklatura des Verbands, müssen die eingeschriebenen Journalisten wegen der „Treuepflicht“ auf die Meinungsfreiheit verzichten, sich „unterwerfen“ und die - meist linksradikalen - Ansichten übernehmen, die die Beschlußlage bilden. Andererseits will der DJV die Meinungs- und Pressefreiheit der Journalisten verteidigen und fördern, erklärt sie in seinem Grundsatzprogramm zum Verbandsziel und geißelt alle paar Tage in donnernden Resolutionen und flammenden Appellen Verstöße gegen die Meinungsfreiheit - bei anderen.

Der Verband, der sich öffentlich so hingebungsvoll für die Meinungsfreiheit ereifert, hat intern Strukturen wie in einer kommunistischen Diktatur aufgebaut, um alle mundtot zu machen, die die Meinungsfreiheit auch innerhalb des DJV in Anspruch nehmen. Während der Verband in der Vergangenheit im Vergleich zur „Deutschen Journalisten-Union“ (DJU), wo seit jeher Stalin-Freunde und „DDR“-Bewunderer mitmischten,

als eher liberal galt, hat sich das geändert, seit ab Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts linke Theoretiker mit viel marxistischem Schmonzes den DJV brutal auf „Gewerkschaft“ und Klassenkampf trimmten.

Das führte allmählich zur Proletarisierung des früher gutbürgerlichen Verbands. Chefredakteure, Korrespondenten, Redaktionsleiter, namhafte Kommentatoren und Reporter verließen in einem stillen Exodus den Verband, in dem sie als „Kapitalistenknechte“ oder „Arbeitnehmerfeinde“ denunziert wurden. Zahllose oft mutwillig losgetretene Arbeitsgerichtsprozesse, mit denen die Funktionäre Freien Mitarbeitern die Segnungen einer Planstelle verschaffen wollten, schufen ein Klima des emotionalen Gegeneinander.

Inzwischen gibt es keine „Names“ mehr im DJV. So gut wie alle, die in den Medien bekannt und beliebt sind, wollen mit der „Vereinsmeierei der medialen Unterschicht“ (eine Talk-Show-Moderatorin aus Berlin) nichts zu tun haben; die Prominenz meidet Journalistenverbände. Dank seiner linken Eiferer - meist mit SPD- oder PDS-Parteibuch -, die mit aus „Juso“-Zeiten trainiertem „Sitzfleisch“ jede Versammlung und jede Wahl dominieren, ist der DJV auf Verdi-Niveau abgesunken. Spitzen-Apparatschiks, die sich z.B. durch Zahlungen über Ehefrau oder Günstlinge die Taschen vollstopfen, sinistre Gestalten aus der dritten Reihe als Funktionäre und viele beruflich gescheiterte Existenzen als Mitglieder bilden das „Trio Infernal“ auf dem Weg nach unten. Allen gemeinsam ist die Furcht, selbst das wenige, das sie haben, auch noch zu verlieren.

Eine Reihe von Fällen lassen fürchten, die Nomenklatura des DJV könnte vom Niedergang des Verbands, insbesondere den immer neuen Niederlagen im Kerngeschäft Tarifpolitik so frustriert sein, daß „Feinde“ gesucht werden, gegen die man noch gewinnen kann.

Im Bayerischen Journalisten-Verband (BJV) wurde der langjährige Ehrenämter Walther Bruckschen, der es gewagt hatte, die einseitige Orientierung des Verband als Gewerkschaft zu kritisieren, mit einem Ausschlußverfahren überzogen. Der Vorwurf: Bruckschen habe mehrere Anträge bei der Mitgliederversammlung gestellt und so „Arbeit in der Geschäftsstelle“ verur-

sacht. Überdies habe er den Befehl des Vorsitzenden nicht befolgt, von seinem Amt zurückzutreten.

Das ist so bizarr, daß es aus den Schauprozessen der Stalin-Zeit stammen könnte, wo erfundene geradezu blödsinnige Anklagen zum immer gleichen Ergebnis führten: Tod sofort oder Tod im Gulag später.

Dissident Bruckschen erfreut sich guter Gesundheit. Das ist das Problem - und der Unterschied zum massenmordenden „Väterchen“. Stalinismus ohne Kalaschnikow und Gulag funktioniert nicht - und ist lächerlich.

Im Landesverband Baden-Württemberg lief eine schlichte Anfrage eines bis dahin völlig unauffälligen Mitglieds spektakulär aus dem Ruder: Der Fernsehjournalist Hans Werner Conen wurde zunächst vom selbstherrlichen Lokalschreiber Geibel monatelang einfach ignoriert. Als Conen sich die „schlechte Kinderstube“ Geibels nicht gefallen ließ und seine Reformideen in „12 Thesen“ faßte, ließ der Südwest-Statthalter seinen „Gesamtvorstand“ beschließen, Conen solle seine Thesen „widerrufen“. Der Fernsehmann, entgegen aller Erwartung der eher einfachen Gemüter in Stuttgart höchst geschmeichelt, sich in einer Reihe mit Luther, Bruno oder Galilei wiederzufinden, widerrief nicht und wurde darauf mit dem Ausschluß bedroht.

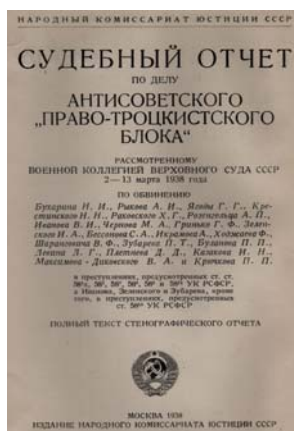
Ein paar Monate später wurde er in den Vorstand des Landesverbands Brandenburg berufen. Schon mehrmals seither mußte Großinquisitor-Darsteller Geibel seinem Lieblingsfeind im Bundes-Gesamtvorstand des DJV ins Auge schauen. Er tat es finster schweigend.

In der guten alten Zeit, als der DJV noch Standsvertretung und Berufsverband war, der nur nebenbei auch einmal einen Tarifvertrag abschloß, waren Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit Markenzeichen. Etwas anderes hätten sich die meinungsbildenden Spitzenjournalisten in der alten Bundesrepublik auch nicht gefallen lassen. Nicht sie dienten dem Verband, der Verband diente ihnen.

Mit dem Wandel zur „Gewerkschaft“ begann der Weg nach unten. Unter dem Druck einer gnadenlos neo-liberalen Mehrheitsgesellschaft, die Gewerkschaften für überflüssig, ja für Fossi-

le aus der politischen Vorzeit hält, wenden die Funktionäre, die von „Gewerkschaft“ leben, ihren Frust und ihre Wut über den Niedergang nach innen. „Toleranz gegenüber Andersdenkenden in unseren eigenen Reihen können wir uns nicht mehr leisten,“ so ein DJV-Offizieller aus Berlin, „wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Und der muß weg!“

Hinzu kommt die „Verostung“ seit der Wiedervereinigung: Mit den Neuen Ländern kamen alte Kader. Statt publizistischen Widerstandskämpfern gegen die Stalin-Epigonen in der „DDR“ kamen SED-Karrieristen mit Stasi-Akte und virtueller Blutspur. Der DJV nahm sie alle



Prozeßakte Bucharin

gern, die aus der SED-Kreisleitung Radebeul oder die von der Stasi in Berlin. Und die 150-prozentige Jubeltruppe („Die Partei, die Partei, die hat immer Recht.“) vom „Roten Kloster“ in Leipzig sowieso. So sitzen „Väterchen“ Stalins treue Erben stets mit am Tisch des DJV.

Ein schlechtes Gewissen haben die Funktionäre nicht. Sie haben sich eine Version von innerverbandlicher Demokratie zurechtgelegt, die alles rechtfertigt. Es wird doch, so die Unterdrücker treuherzig, über alles demokratisch abgestimmt. Und wenn dann etwas mit Mehrheit beschlossen ist, etwa daß der DJV für Flächentarifverträge oder gegen den Tendenzschutz ist, dann ist das für alle verbindlich. Niemand darf mehr eine andere politische Ansicht vertreten, auch dann nicht, wenn er Mitglied bei der FDP und obendrein Redakteur beim „Handelsblatt“ ist. Wenn der Verband mit Mehrheit beschließt, daß Abtreibung eine gute Sache ist, muß auch der Redakteur des „Konradsblatts“, der katholischen Kirchenzeitung für das Erzbistum Freiburg, seine Meinung ändern und für Abtreibung sein und schreiben. Demokratie á la DJV.

Die Methode, etwas „Demokratie“ zu nennen, was in Wahrheit Meinungsterror ist, stammt von Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, dem zweiterfolgreichsten Massenmörder der

Weltgeschichte. In „Was tun?“, 1902 im Züricher Exil verfaßt, nennt er es „demokratischen Zentralismus“. Das haben manche vom DJV-ZK auf der Parteihochschule gelernt, verschiedene gar in Moskau.



W.I. Lenin: Mit Demokratie die Demokratie abschaffen

Der typische festangestellte Gewerkchaftsmann, der nicht immer jung ist, aber das Geld braucht, ist nicht eigentlich Stalin- oder Lenin-Fan. Er sympathisiert mit Gysis und Lafontaines Wende-Kommunisten - und wünscht sich willig führbare

Massen unter der roten Fahne, die festen Beitrag für hohle Sprüche abdrücken. Eine Gewerkschaft, in der jeder eine andere Meinung haben kann, gar noch zur Wirtschafts- und Sozialpolitik oder zum Sinn von Tarifverträgen, kann sich der Funktionär nicht vorstellen. „Wer als Häuptling wie die Made im Speck leben will, braucht möglichst viele möglichst gutgläubige Indianer,“ kommentiert Klaus Minhardt vom Reform-Verband Brandenburg die Intoleranz im Biotop der letzten Linken.

Die DJV-Funktionäre mit der Politbüro-Mentalität wännen sich im Krieg der Kulturen: Einerseits müssen sie so tun, als gelte in ihrem Verband die „Freiheitlich-demokratische Grundordnung“ („FDGO“) mit Meinungsfreiheit der journalistischen Mitglieder. Andererseits glauben sie zu wissen, daß nur die Unterdrückung freier Meinung zur erwünschten „Solidarität“ mit Einheitsmeinung führt. Daß „Journalist“, der von der Freiheit und Verschiedenheit der Meinungen unmittelbar lebt, und „Gewerkschaft“, die „wg. Solidarität“ nur eine, nämlich die Meinung der Führer dulden will, in zwei unvereinbaren Welten leben, ahnen manche Funktionäre inzwischen. Zu bedrückend verlief insbesondere der „Gewerkschaftstag“ des DJV in Weimar im November 2005: Lauter flammende Proteste und dröhnende Resolutionen gegen die ganze böse Welt da draußen, aber kein einziger Erfolg für die eigene Sache.

In den berüchtigten Moskauer Bucharin-Schau prozessen vom März 1938, deren (Todes-) Ur-

teile Josef Stalin selbst vor Beginn per Hand auf die Akten geschrieben hatte, finden sich die Andersdenkenden, die man braucht, wenn sich Einfalt und Gewissenlosigkeit paaren, um vermeintliche Ideale vor Kritik und Opposition zu „schützen“. Im „Geständnis“ von W.I. Iwanow heißt es:

„Ich bekenne mich verantwortlich und schuldig, schwerste Verbrechen begangen zu haben. Ich war ein aktiver Mitarbeiter der Gruppe der Rechten, des „Blocks der Rechten und Trotzkiisten“. Für diese meine schwersten Verbrechen bin ich bereit, jede Verantwortung zu tragen, die die Sowjetjustiz mir aufzuerlegen für nötig finden wird, und alle möglichen und von mir abhängigen Maßnahmen, soweit es meine Fähigkeiten gestatten werden, zu ergreifen, um meine verräterische Tätigkeit restlos aufzudecken und die ganze Niedertracht, die Gemeinheit und den Verrat an der gesamten Sowjetunion, an der Partei und am Volke sowie die verräterische Tätigkeit des „Blocks der Rechten und Trotzkiisten“ und der Gruppe der Rechten zu entlarven.“

Bislang hat keiner der DJV-Dissidenten, die seit jetzt drei Jahren die Sitzungen der hilflos biedereren Rotfront-Funktionäre bestimmen, „gestanden“ oder „widerrufen“. Conen, Bruckschen, Minhardt, Witt und Mitstreiter sind frohen Muts und fürchten weder Gulag noch Kalaschnikow. Die reichlich verteilten Etiketten von „rechts-extremer Unterwanderung“ über „Wahlfälschung“ bis „Mehrarbeit für die Geschäftsstelle durch Anträge“ sind wirkungslos geblieben. Und daß sie nicht zum Bier eingeladen werden, kümmert sie auch nicht.

„Was tun?“, fragte da leicht scheinheilig Hans Werner Conen, der Lieblingsfeind des Verbands-Politbüros - und schrieb ganz ernsthaft an „Herrn Diktator Josef Stalin oder Vertreter, Kreml, Moskau, Rußland“. Doch „Väterchen“ antwortet nicht.

DJV-BUNDESVERBAND II

## **Keine Nachsicht im Wiederholungsfall**

Hubert Engeroff, Hauptgeschäftsführer des DJV, und Peter Meister, Ausschußvorsitzender

„Betriebsräte“, müssen nicht ins Gefängnis. Auch der „Glatzenmann“ im Radikalen-Outfit, den der Journalistenverband für viel Geld engagiert hatte, um einen mißliebigen Kritiker rechtswidrig von einer Sitzung auszuschließen, bleibt auf freiem Fuß.

Die Staatsanwaltschaft Kassel, die über viele Monate hinweg ein hochnotpeinliches strafrechtliches Ermittlungsverfahren - Aktenzeichen 9411 Js 28070/05 - wegen des Verdachts der Nötigung gegen die DJV-Funktionäre und ihren potentiellen Prügelknecht geführt hatte, hat die Angelegenheit kurz vor Weihnachten 2005 eingestellt. Bei der Einstellung, so die Strafverfolger, sei davon ausgegangen worden, daß es sich um einen einmaligen Fall handle.

Die „Weihnachts-Amnestie“ zugunsten der „Saalschutz“-Organisatoren des DJV erspart den Beschuldigten eine Hauptverhandlung und eine mögliche Verurteilung bei Gericht. Sie ist ein Gnadenakt. Und die Staatsanwaltschaft Kassel macht klar: „Im Wiederholungsfall kann der Beschuldigte nicht mit weiterer Nachsicht rechnen.“

BAYERISCHER JOURNALISTEN-VERBAND

## **Vollkasko für Amigos**

Das Menetekel heißt „18 W 3007/05“. Unter diesem Aktenzeichen hat das Oberlandesgericht (OLG) München dem „Verfügungsbeklagten und Beschwerdegegner“ Ulf Froitzheim am 19. Januar 2006 sämtliche Kosten eines ziemlich teuren Rechtsstreits auferlegt. Selber zahlen muß der Verbal-Wüterich aber wohl nicht. Denn wer den nicht eben argumentationsstarken Oberen des Bayerischen Journalisten-Verbands (BJV) durch wüste Beschimpfung von Kritikern eine Freude macht, wird mit einer Art Vollkasko für Amigos weit über den üblichen Verbands-Rechtsschutz hinaus belohnt, koste es an Mitglieder-geld, was es wolle - man kennt sich, man hilft sich.

In dem Verfahren gegen den Erzfeind Hans Werner Conen aus dem Feindesland Brandenburg ging es allen Ernstes um die Frage, ob man andere Menschen ohne jede Tatsachengrundlage „Steuerflüchtling“ und „asoziales Subjekt“ nennen darf. Man darf nicht.

Wadl-Beißer Froitzheim hatte quasi-öffentlich an das BJV-Funktionärskorps eine E-mail versandt, um sich im



Verbal-Wüterich belohnt:  
Ulf Froitzheim

heiligen Krieg der Funktionäre gegen Reformer als Trommelbube hervorzu-tun. Darin schwere Arguments-Granaten wie „ausgemachter Quatsch“, „Schluß mit lustig“, „Doppelbock“, „Kriegsminister in einem Angreiferstaat“, „der Kärntner Jörgl“, „bildungsloser Schwachsinn“, „Conen, der Barbar“, „... wegen übler Nachrede anzeigen!“, „ein Märchen“, „im Beleidigen hat er was drauf, im Nachdenken nicht“, „Demagogie“, „primitiv“, „ich-fixierter Steuerflüchtling“ und „asoziales Subjekt“.

Kein einziger aus der Führung des größten Landesverbands des Deutschen Journalistenverbands (DJV) ließ sich mit Bedenken gegen diese Art des Umgangs innerhalb des Verbands vernehmen. „Es zeigt den moralischen und intellektuellen Absturz des DJV insgesamt, daß solche Verrohung und Primitivierung der Umgangsformen inzwischen als normal akzeptiert werden“, beklagt Klaus Minhardt, weggemobbter früherer bayerischer Ehrenämter.

Schon nach sechs Wochen war Froitzheims („Sudel-Ulf“) Blitzkrieg gegen die Ungläubigen ruhmlos beendet. Am 17. Mai 2005 mußte er nach einem Antrag Conens auf Einstweilige Verfügung einen vom Landgericht München I diktierten Vergleich akzeptieren, in dem er sich verpflichtete, die übelsten seiner verbalen Wutausbrüche nie mehr zu wiederholen, andernfalls saftige Geldstrafen fällig würden. Das OLG München, das nur noch über die Kosten des Verfahrens entscheiden mußte, würdigt es so: „Insgesamt hat sich der Verfügungsbeklagte in die Rolle des Unterlegenen begeben.“ Wohl wahr.

Für das am 17. Mai 2005 beendete Verfahren hat der BJV dem laut Selbstdarstellung als „leitend, nicht presserechtlich verantwortlicher Redakteur freiberuflich auf Honorarbasis“ Tä-

tigen am 15. Juni 2005 nachträglich Rechtsschutz - und damit Kostenübernahme - gewährt.

Das ist gegen alle Regeln, die nun einmal vorsehen, daß der Journalistenverband nur eintritt, wenn der Rechtsstreit noch bevorsteht. Für schon anhängige oder gar bereits abgeschlossene Verfahren gibt es nichts. Überdies muß der Streit „in unmittelbarem Zusammenhang mit der hauptberuflich journalistischen Tätigkeit im Sinne des Berufsbilds des DJV stehen“, wie es in der „Einheitlichen Rechtsschutzordnung“ heißt. Mietärger, Autounfälle oder - wie hier - eifernde Beschimpfung verbandsinterner Kritiker sind vom Rechtsschutz von vornherein nicht umfaßt. Nicht so in Bayern. Nicht so bei Spezies.

DJV LANDESVERBÄNDE

## Vergiftete Geschenke

Der Vorsitzende tat so, als wüßte er Bescheid: Man müsse, so der erste und einzige DJV-Statthalter in Baden-Württemberg am 4. Februar 2006 vor dem (Landes-) Gesamtvorstand, den Namen des Übeltäters nicht nennen; der allböse Feind sei „bekannt“. Auch im weiteren Verlauf der schwäbischen Palaverunde schwieg Karl „Charly“ Geibel beharrlich über denjenigen, der ihm nach seiner Ansicht „das“ angetan hat.

„Das“ ist ein Brief, der kürzlich bei einem Stuttgarter Finanzamt einging. In der Absenderzeile steht die Angabe „Karl Geibel“ nebst dessen Privatadresse. Und im Text des Briefes erstattet „Karl Geibel“ Anzeige gegen sich selbst wegen Steuerhinterziehung. Das hat durchaus Sinn: Wer fürchten muß, daß ihm die Finanzbehörden bei unkorrektem Steuerverhalten ohnehin bald auf die Schliche kommen, kann so zwar nicht die Nachzahlung der hinterzogenen Steuer, die Säumniszuschläge und die Hinterziehungszinsen vermeiden, wohl aber die Strafverfolgung. Und da fängt sich so mancher unversehens ein paar Jährchen Knast ein. Zwecks Risikoabschätzung empfiehlt sich ein Blick in § 370 der Abgabenordnung (AO), wo von bis zu fünf Jahren die Rede ist.

Das mit der Straffreiheit durch - rechtzeitige - Selbstanzeige funktioniert aber nur, wenn der Übertäter selbst sich dem Finanzamt offenbart; so steht es in § 371 der Abgabenordnung. Doch Arbeiterführer Charly erklärte dem DJV-Südwest-Gesamtvorstand, er habe den Brief an die Fiskalieros gar nicht geschrieben. Das sei, da war sich der Endlos-Vorsitzende sicher, vielmehr „ein sattsam bekannter Herr“ gewesen. Der Brief - eine üble Fälschung. Und er, Geibel, sei selbstverständlich völlig unschuldig.

Der ausgesprochen umfangreiche Fragebogen, den das Finanzamt erst einmal zur Aufklärung des Sachverhalts geschickt hat, so der Eindruck darob irritierter Sitzungsteilnehmer, wandert beim Gewerkschaftsfürsten Charly in den Papierkorb.

Wenn das mal gutgeht. Denn in dem geheimnisvollen Brief wird dem Finanzamt genau geschildert, wie Geibel als Vorsitzender des DJV Baden-Württemberg Geldmittel seines Verbands zuerst als angebliche Darlehen und ab Mitte 2005 als „Solidargeschenke“ auf Umwegen an die sogenannten „neuen Verbände“ in Berlin und Brandenburg schleuste.

„Man muß ja nur die eigenen Unterlagen des DJV lesen, um zu wissen, daß hier natürlich der klassische Fall der ‚freigiebigen Zuwendung‘ ohne Leistungsaustausch vorliegt,“ enttäuscht der Steuerrechts-Experte Alfred Zubahn alle, die meinen, „gewerkschaftliche Solidarität“ gehe das Finanzamt nichts an. Zubahn: „Die sogenannten Darlehen waren keine, weil keine Rückzahlung und keine Zinsen vorgesehen waren. Sie waren verdeckte Schenkungen. Der ‚Solidarbeitrag‘ ist von vornherein als Geschenk konzipiert. Beides kostet Schenkungssteuer.“

Nun kommt, rechnet der Fachmann vor, auf die DJV-Landesverbände, die an den umfangreichen Geldschiebereien seit Mitte 2004 beteiligt waren, unabhängig vom strafrechtlichen Problem der jeweils verantwortlichen Vorsitzenden insgesamt eine Lawine von Steuerforderungen zu.

Nach dem Gesetz schulden Geber und Empfänger einer Schenkung die Steuer gesamt-schuldnerisch, d.h. das Finanzamt kann sich

## **Der Stadl**

Streng geheime Nachrichten  
für DJV-Funktionäre

Der Stadl wird herausgegeben von der Zentralstelle für das deutsche Gesinnungswesen mit freundlicher unfreiwilliger Unterstützung des DJV.

Der Stadl erscheint bei Bedarf.  
Die näheren Umstände sind geheim.

Wer den Stadl nachmacht oder verfälscht oder einen nachgemachten oder verfälschten Stadl in den Verkehr bringt, wird mit Internationale-Singen nicht unter 99 Strophen bestraft.

aussuchen, wo es kassieren möchte. Weil die sogenannten „Neuen Verbände“ das Spendengeld wohl größtenteils längst ausgegeben haben, wird der Fiskus dort kaum auf seine Kosten kommen - und folglich die Geber-Verbände, darunter Geibels Südwest-DJV, den Landesverband Nordrhein-Westfalen und den Bayerischen Journalisten-Verband als „Big Spender“ zur Kasse bitten. Das kann teuer werden: Auf Schenkungen unter juristischen Personen erhebt das Finanzamt 29 Prozent Steuer. Dazu kommen Säumniszuschläge, weil die Verbände die erforderlichen Steuererklärungen nicht innerhalb der vom Gesetz vorgeschriebenen Drei-Monats-Frist abgegeben haben.

Alles in allem dürften von jedem „Solidar“-Euro 33 Cent an den Fiskus gehen - wenn der DJV Glück hat.

Wenn er Pech hat - er hat bisher schon viel Pech gehabt -, wird es doppelt so teuer. Denn die freigiebigen Landesverbände, allesamt eigene juristische Personen, haben nicht direkt an die Empfänger gezahlt, auch eigene juristische Personen. Vielmehr haben sie eine dritte juristische Person, den DJV-Landesverband Nordrhein-Westfalen, zwischengeschaltet. Es spricht viel dafür, daß eine solche „Kettenschenkung“ - A beschenkt B, B beschenkt C“ - auch „Kettensteuern“ auslöst.

Für die nach Insider-Angaben derzeit etwa 600.000 Euro, die im DJV bislang in Richtung

auf die „Neuen“ bewegt wurden, sind wohl bald 200.000 Euro Schenkungssteuer fällig - mindestens. Es können aber - siehe oben - auch locker 400.000 Euro werden.

„Eigentlich,“ so ein entsetzter Funktionär, „wollten wir ja mit dem Geld unsere bösen Feinde in Berlin und Brandenburg versenken. Jetzt sieht es ganz so aus, als würde eine Selbstversenkung daraus.“

**\* \* \***